

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

129 (6.6.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 23 M. mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 25 M.; in der Geschäftsstelle und bei unsern Karlsruhern Abgaben abgeholt 20 M. monatlich. — Einzelhefte 1 M. Ausgabe: Werlags mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleite 3.40 M., auswärts 4.— M. Die Reklamezeile 15.— M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 8 Uhr vormittags, für spätere Aufträge nachmittags zuvor.

Attentat mit Blausäure gegen Scheidemann

Kassel, 5. Juni. Oberbürgermeister Scheidemann wurde gestern nachmittag auf einem Ausflug von einem 20-jährigen Mann überfallen, der ihm aus einer Gummipistole eine Flüssigkeit ins Gesicht spritzte. Der Oberbürgermeister schrie zweimal hinter dem Flüchtling her. Nach dem zweiten Schuss brach Scheidemann zusammen, kam aber nach kurzer Bewusstlosigkeit wieder zu sich und konnte seine Wohnung aufsuchen. Er hat keinerlei Verletzungen erlitten. Die Flüssigkeit konnte noch nicht festgestellt werden. Der Täter, der nach Angaben von Zeugen besessenen Ständen angehört, ist entkommen. Auf seine Ermittlung hat der Regierungspräsident 5000 M. Belohnung ausgesetzt.

In Ergänzung der Meldung über den Anschlag gegen Oberbürgermeister Scheidemann wird noch mitgeteilt, daß nach Feststellung des zur Hilfe herbeigezogenen Arztes es sich nach dem Inhalt des Gummipistollens und nach dem Zustand Scheidemanns zu urteilen, nur um ein Blausäureattentat handeln kann. Die Untersuchung der Flüssigkeit durch einen beständig Chemiker soll noch im Laufe der heutigen Nacht erfolgen. Am letzten Abend erlachte Scheidemann seine volle Besinnung wieder.

Am Mittwoch veranstaltete die sozialdemokratische Partei in Kassel anlässlich des Attentats eine Demonstration. Einer späteren Meldung zufolge hat sich der Zustand Scheidemanns heute so gebessert, daß er im Laufe des Tages eine Ausfahrt unternehmen konnte. Scheidemann hat bei dem Attentat keinerlei Verletzungen erlitten. Die bisherigen Nachforschungen nach dem Täter sind erfolglos geblieben.

Berlin, 5. Juni. Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei richtete an Scheidemann folgendes Telegramm: Für den Parteivorstand und für die gesamte Partei spreche ich Ihre unsere Freunde über das Mischen des niederträchtigen Attentats aus. Otto Weis.

Berlin, 6. Juni. Wie die „Vossische Zeitung“ meldet, wurde nach dem Attentat auf Scheidemann sofort eine Anzahl Kriminalbeamter zur Verfolgung des Täters ausgesandt, die aber trotz aller eifrigsten Bemühungen, die bis nach Wehra, Marburg, Hannover, Minden und sogar nach Eisenach ausgedehnt wurden, erfolglos zurückkehrten. Am zweiten Feiertag wurde in Kassel ein junger Mann verhaftet, auf den angeblich die Beschreibung des Täters paßte, und der sich durch verneinliche Redensarten verächtlich gemacht hatte. Bei der Vernehmung stellte sich aber heraus, daß er mit dem Attentat in keiner Weise in Verbindung stand. Er ist am Montag wieder freigelassen worden.

Wir müssen zu unserem lebhaften Bedauern sagen, daß uns die Meldung von einem Anschlag auf den Genossen Scheidemann nicht im geringsten überrascht kommt. Wie gegen den von deutschen Nationalisten ermordeten Erzberger, heßt die deutschnationalistische Presse seit Jahr und Tag in der skrupellossten Weise gegen Scheidemann. Am Schamloseten treibt es die nationalistische Presse in Kassel selbst, deren Hege ja schon früher zu Anschlägen gegen die Dienstwohnung Scheidemanns geführt hat. Unter dem Einfluß der Rede der Monarchisten und Militaristen trafen verbrecherischen Elemente, die besonders in nationalistischen Kreisen, Unterhändler suchen, zu Attentaten sich bewegen läßt, oder ein junger Wirtsoffizier unter dem Einfluß der deutschnationalistischen Hege wie der steigenden Hitze Anschläge gegen den täglich geschmähten Mann verübt.

In dieser Falle handelt es sich noch um ein besonders niederträchtiges Attentat: Scheidemann sollte im Gesicht entstellend und des Augenlichts beraubt werden. Denn nur aus diesen Absichten heraus ist die Verwendung von Blausäure zu erklären. Wir freuen uns, und mit uns sicher die gesamte sozialistische Arbeiterchaft Deutschlands, daß Scheidemann nicht schwer verletzt worden ist. Aber auch dieser rucklose Anschlag eines nationalstischen Mordbuben muß ein Alarmzeichen für die gesamte deutsche Arbeiterchaft sein: wie die Reaktion sich rüstet und zum Sprung auf die Rechte und Freiheiten des werktätigen Volkes bereit ist, so schließen in Deutschland auch nationalstische Mordbuben herum, um Führer der Arbeiter in menschenmörderischen Verfahren durch Bulver oder Gift zu töten. An den Anschlägen gegen politische Persönlichkeiten, die als prominente Verteidiger eines demokratischen und republikanischen Deutschland angebrochen werden können, trägt die deutschnationalistische Presse wie auch die Hetzposten in den deutschnationalistischen Vereinigungen die Schuld. Schließlich wird der Arbeiterchaft doch nichts anderes zur Abwehr gegen deutschnationalistische Mordanschläge übrig bleiben, als zur Selbsthilfe zu schreiten. Wir haben schon anlässlich der Ermordung Erzbergers darauf hingewiesen, daß die deutschnationalistische Propaganda zu diesem Resultat und damit eines bösen Tages zu furchtbaren Ergebnissen führen kann. Es ist betribend, daß man in Deutschland zur Abwehr der deutschnationalistischen Zerstörungsarbeit im Innern zu solchen Ermüdungen in einer Zeit einfach zwangsläufig getrieben wird, die die ganzen Kräfte aller Deutschen für den Wiederaufbau im eigenen Lande erforderlich macht. Morgen beginnt vor dem Schwurgericht in Oldenburg der Prozeß gegen die deutschnationalistischen Helfershelfer bei der Ermordung Erzbergers. Ein paar Stunden vorher erfolgt ein Attentat gegen den Mann, den die Deutschnationalen ja stets in einem Atemzuge mit Erzberger genannt haben. Nationalistische Mordbuben finden erfahrungsgemäß die weitgehendste Unterstützung der deutschnationalistischen Kreise. Darum können sie auch jedesmal schießen. Das wird und muß zu einem Zusammenhang ersterer Art führen, sonst wird Deutschland immer mehr ein Land der Freiheit für deutschnationalistisches Mordergemüdel.

Als Deutschland unter der Schuld seiner früheren Machthaber im Kriege zusammenbrach, der gekrönte Roman und sein ältester Sproßling desertierten und Ludendorff unter dem Namen Erich Lindström, verkleidet mit blauer Brille, nach Schweden auswich, als in Deutschland nicht ein Monarchist den Mut fand, für die „angestammten“ Fürsten sein Leben zu wagen, da hat die Arbeiterchaft so großmütig gegen diejenigen gehandelt, die das Land und das Volk ins Lallal geführt haben, wie wohl noch niemals ein Volk bei einer revolutionären Erhebung gegen die bisherigen Machthaber gehandelt hat. Den Dank kennen wir. Und gegen die Männer, die damals Deutschland vor dem Auseinanderfallen mit bewahrt haben, wird nun mit Pistolen und Giftstoffen vorgegangen. Wenn Ludendorff in dem englischen Heftblatt „Sunday Pictorial“ schreibt:

„Deutschland muß wieder einen Kaiser haben.“

so ist zu ersehen, wozu die deutschnationalistische Propaganda zielt und welche Wirkungen die nationalistisch-monarchistische Tätigkeit auslöst.

erneut als Vorlage im Reichstag einzubringen. Voraussichtlich werden sie vom Reichstag wieder abgelehnt werden, im Reichstag aber diesmal die Zweidrittelmehrheit erhalten.

Schwere Erkrankung Lenins

Wie der „N. Z.“ am Freitag von zünftiger Seite bestätigt wird, hat Lenin am Freitag einen Schlaganfall erlitten. Infolge dieser auf drahtlosem Wege in Berlin eingetroffenen Mitteilung seien Litwinow und Rabot sowie der gesamte Stab Litwinows sofort nach Moskau abgereist.

Wie erinnertlich, waren vor einiger Zeit Geheimrat Prof. Semperer und später Prof. Borchard nach Moskau beurlaubt worden. Prof. Borchard hatte Lenin die Regel aus seiner Schulter entfernt, die er von einem Attentat her dort sitzen hatte. Die Operation war damals gut verlaufen, Lenin litt aber schon vorher an einer nervösen Erschöpfung. Eine Verschlimmerung dieses Leidens scheint jetzt zu dem Schlaganfall geführt zu haben.

Das amerikanische Kontingent am Rhein

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Koblenz hat der Befehlshaber der amerikanischen Truppen am Rhein vorgefesselt vom Kriegsdepartement telegraphisch die Anweisung erhalten, 1000—1200 Mannschaften und Offiziere auf unbestimmte Zeit im Brückentopf Koblenz zu akkumulieren.

Lloyd George und Poincaré

Die Reden, die Lloyd George im Unterhaus am 31. Mai, Poincaré in der Kammer am 1. Juni gehalten haben, sind beide für uns ungemein lehrreich. Schon die Verschiedenheit des Tons Deutschlands gegenüber zeigt den Unterschied der beiderseitigen politischen Einstellung. Lloyd George spricht von der gegenwärtigen deutschen Regierung ungefähr in denselben Tönen der Anerkennung, in denen früher zuweilen auch Briand von ihr gesprochen hat. So, er geht noch ein Stück darüber hinaus, indem er die großen Schwierigkeiten der deutschen Regierung anerkennt und offener Sorge Ausdruck gibt, sie könne durch das Maß ihrer Jugendsünde Anhänger im eigenen Lande verlieren. Der englische Ministerpräsident hat zugleich in der Klarheit und ungewöhnlichen Weise ausgedrückt, daß eine deutschen Regierung gegenüber, die dem Vertrag von Versailles offenen Widerstand leistet, England und Frankreich solidarisches sein würden. In dieser Äußerung liegt eine Bestätigung unserer Auffassung, daß die Politik, die man die Erfüllungspolitik genannt hat, unbedingt notwendig ist, um den Ring der Feindschaften, der sich im Kriege um Deutschland geschlossen hatte, zu lösen und für Deutschland wieder etwas Bewegungsfreiheit zu gewinnen. Die Politik des „nationalen Widerstandes“ oder, wie man heutzutage häufiger hört, die Politik „der Aktivität“ könnte zu nichts anderem führen als daß der französische Imperialisismus von England einen Freibrief erhielte gegen das unbewaffnete Deutschland nach Belieben vorzugehen.

Poincarés Kammerrede kam wie gesagt, ganz anders als die Rede Lloyd Georges. Der französische Ministerpräsident sieht in den Befindungen deutscher Friedfertigkeit nichts anderes als „einschlafende Redensarten“, und während Lloyd George Besinnung und Verhalten der deutschen Regierung und der hinter ihr stehenden Mehrheit lobt, will Poincaré allenfalls nur „ein paar gute Nachrichten“ erkennen, die, wie es scheint, die Regel nur bestätigen sollen. Die Regel ist offenbar die, daß man keinem Deutschen über den Weg trauen dürfe und daß man unter allen Umständen für ewige Zeit den Zustand aufrecht erhalten müsse, der Frankreich erlaubt, alle möglichen Kriegsvorbereitungen gegen Deutschland zu treffen, während Deutschland immer weiter in allem bis zu den Flugzeugen und den „strategischen Eisenbahnen“ entwaflnet wird.

Sogar der Umstand, daß am Tage der Abstimmung über das Oberösterreich-Abkommen deutsche Reichstagsabgeordnete das Gefühl ihrer Trauer bekundet haben, muß dem Beweise dienen, daß die Deutschen noch immer eine höchst gefährliche und polizeiwidrige Nation seien. Meint der Lothringere Poincaré etwa, der Deutsche Reichstag hätte den Tag, an dem die Besetzung eines seit 700 Jahren zu Deutschland gehörigen Gebiets besiegelt wurde, als einen Feiertag begehen müssen? Der Reichskanzler habe den Frieden von Versailles ein Instrument des Kampfes und der Vernichtung genannt. Hat er damit etwas anderes ausgesprochen, als was die öffentliche Meinung der Welt bis nach Frankreich hinein mit jedem Tage mehr bestätigt?

Herr Poincaré hat sein Amt angetreten mit dem Auftrag und der Absicht, den Versailler Vertrag auf finanziellen Gebiet zur Durchführung zu bringen, falls das aber nicht gelinge, mit Gewaltmaßnahmen gegen Deutschland vorzugehen. Aber er hat das Ziel, das er sich steckt, nicht erreicht, und wenn er zu Briands Zeiten der lautesten aller Kritiker war, die genau wußten, wie alles gemacht werden mußte, so beweist er jetzt durch seine Amtsführung, daß Kritiker auch in Frankreich leichter ist als Bessermachen. Frankreich hat unter Poincaré nicht mehr erreicht, als was es unter Briand hätte erreichen können, nur, daß die Freundschaft mit England unter Poincaré noch mehr in die Brüche gegangen und Frankreich noch weiter isoliert worden ist als dies unter der Führung Briands möglich gewesen wäre.

Wenn man sich dessen erinnert, mit welchen Besorgnissen man in Deutschland dem Amtsantritt des gegenwärtigen französischen Ministerpräsidenten entgegengesehen hat, und wenn man bedenkt, daß sich von diesen Besorgnissen nichts verwirklicht hat, so wird man zugeben müssen, daß die deutsche Politik der Zwischenzeit nicht ohne Verdienst daran ist. Der Londoner Finanzplan, der uns im vorigen Jahre unter brutalen Drohungen der Gesandtschaften aufgedrungen wurde, ist mit Zustimmung der Reparationskommission gleich schon im ersten Jahre nicht zur Durchführung gelangt, und es ist kaum zu viel gesagt, wenn man behauptet, daß er praktisch damit erledigt ist. Ein gemeinsames Auftreten der Entente gegen Deutschland ist, solange der gegenwärtige Kurs in Deutschland eingehalten wird, eine vollkommene Unmöglichkeit. Das isolierte gewalttätige Vorgehen Frankreichs wird zwar noch von Poincaré als theoretisches Recht Frankreichs verfochten, aber die berühmte Drohung von Var-le-Duc ist nicht zur Ausführung gelangt.

Zu alledem kommt jetzt die Frage der amerikanischen Anleihe. Auch ihrer Lösung kann Deutschland kaltblütig entgegensehen. Kommt eine Anleihe zustande, so erhält Deutschland eine Atempause, in der die Revision des unüberführbaren Londoner Finanzplans reif werden muß.

Von den deutschen Kommunisten

Wie die Kommunisten auf dem Wege zur Einheitsfront markieren, beweist ein Artikel in der sozialistischen „Republik“ in Köln. Dort heißt es: „Die schlagfertige“ SPD, ist heute nichts als ein Mißbrauch von tausenderlei Anschauungen, der nur durch die Faulheit noch zusammengehalten, der aber jeden Augenblick auseinanderfallen kann. Die SPD hat ihren Hauptstift verloren und hat ihren Turm gebaut mit dem Bauholz des Zentrums. Eine kommunistische Partei würde es am Meisten noch geben, wenn die SPD-Führer längst von der Arbeiterchaft erklärt sind als das, was sie schon längst sind: Verräter am Proletariat, Kommodanten und Ausschmeißer von der Waffe des Volkes!“

So spiegelt sich in kommunistischen Gehirnen die proletarische Einheitsfront. Die kommunistischen Arbeiter aber sollten die Gesellschaft zum Teufel jagen, die mit solchen Gehässigkeiten die Uneinigkeit in der Arbeiterbewegung sührt.

Die Pensionskürzungsgeetze

In seiner letzten Sitzung hat sich der Reichstag nochmals mit dem Gesetz über die Verwendung der Wartegeldempfänger und dem Pensionskürzungsgezet befasset. Die Mehrheit war der Ansicht, daß eine Möglichkeit zur Stellungnahme für den Reichstag gar nicht gegeben ist, wenn die Geetze im Reichstag als „berufungsändernd“ nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit gefunden haben. Die Geetze sind somit vorläufig als gescheitert zu betrachten. Wie wir erfahren, hat das Reichsabinett auf Grund dessen beschlossen, die Geetze in ihrer jetzigen Fassung

Verweigert Amerika die Anleihe, so wird das voraussichtlich mit derselben Begründung geschehen, die seinerzeit die Bank von England ihrer Ablehnung gegeben hat: unter der Herrschaft des Londoner Diktats sei die Gewährung einer Anleihe unmöglich. Wie alle Wege nach Rom führen, so führen hier alle Wege zu einer Revision der finanziellen Bestimmungen von Versailles und London. Die juristische Robulistik und advokatorische Veredamtheit Poincarés wird die notwendige Entwicklung der Dinge nicht aufhalten.

Schluß der Interpellationsdebatte im französischen Parlament

Paris, 2. Juni. Die Kammer beendigte heute die Interpellationsdebatte über die auswärtige Politik der Regierung. Der Abgeordnete Mazillot sagte, der wahre Geist, der in Versailles herrsche, sei der Geist der Besinnung und des Interpellationsmutes. (Von links wird ihm zugerufen: Das ist Ihre Schuld!) Der Führer der Demokraten Herrlet meinte, die Konferenz von Genua habe Schiffsbruch gelitten, weil sie nicht den für den Wiederaufbau Europas notwendigen europäischen Geist gebracht habe. Das Reparationsproblem und die Wiederherstellung des Friedens kämen unmöglich außerhalb eines positiv demokratischen Programms erreicht werden. Herrlet rief Poincaré zu: Ich habe Ihnen gestern mit viel Strupeln zugehört. Sie haben gesagt, daß wir in Genua verhandelt hätten, daß die Frage der internationalen Anleihe aufgeworfen werden dürfe. (Poincaré rief: Die Reparationskommission behandelt sie!)

Herrlet fuhr fort: Es ist Pflicht der Staatsmänner, ihre Verantwortung in diesen ernsten Fragen selbst zu übernehmen.

Poincaré erklärte: Wenn ich geglaubt habe, daß in Genua die Frage der internationalen Anleihe nicht angeschnitten werden dürfte, so geschah es keineswegs deshalb, weil ich der Ansicht bin, wir müßten uns in diesen Fragen desinteressieren, sondern weil ich geglaubt habe, daß in Anwesenheit von Deutschland und Rußland diese Fragen mit denen verknüpft würden, die unter den alliierten, ehemaligen neutralen und ehemaligen feindlichen Mächten behandelt werden und daß die eine Diskussion der anderen Schaden zufügen könnte. Ich habe mich nicht getraut, denn in der Reparationskommission sehe ich den Versuch, die Frage der internationalen Anleihe von einer neuen Amputation der Schuld abhängig zu machen. Deshalb habe ich heute vorzutritt als Regierungschef keine Verantwortung übernommen und der Reparationskommission mitgeteilt, daß ich das nicht annehmen könne.

Herrlet besprach darauf die Beziehungen Frankreichs zu Rußland und trat dafür ein, daß Frankreich den Hungernden in Rußland Hilfe bringe. Er erklärte, Frankreich hätte nützlich eingreifen können. Er wurde von dem Sozialisten Moutet unterstützt. Als dann Daudet rief „Alliant!“ entstand ein ungeheurer Lärm. Es kam zu stürmischen Ausbrüchen, so daß die Sitzung unterbrochen werden mußte.

Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Herrlet, wenn ein Unglück sich ereigne, wie in Rußland, dann dürften keine politischen Rücksichten hindern, am Ort der Katastrophe anwesend zu sein. Er verlangte schließlich eine formelle Erklärung Poincarés über die Konferenz in Genua, worauf dieser erwiderte: er habe noch nicht die Gewißheit, daß es sich wirklich um eine Sachverständigenzusammenkunft handele. Darauf verlas der Präsident die eingegangenen Tagesordnungen. Von der Regierung angenommen wurde die Tagesordnung Veran, welche lautet: Die Kammer billigt im Vertrauen auf die Regierung ihre Erklärungen und geht zur Tagesordnung über. Diese Tagesordnung wurde, wie bereits gemeldet, mit 484 gegen 100 Stimmen angenommen.

Frankreichs Tätigkeit gegen den Wiederaufbau Europas

Im Laufe des Sommers hat die französische Regierung den an der Genua Konferenz beteiligten Staaten das Memorandum über die russische Frage zugehen lassen. Dieses Memorandum deckt sich inhaltlich fast mit der französischen Note vom 9. Februar und nimmt eingehend auf die drei wichtigsten Fragen Bezug: Staatsschulden, Privatschulden und Wiederherstellung des den Ausländern gebührenden Besitzes. Frankreich hält auch jetzt noch seinen Standpunkt, der von Barthou in Genua in allen russischen Angelegenheiten vertreten wurde, aufrecht und betrachtet die Konferenz in Genua als zwecklos, soweit die Sowjetvertreter ihr am 11. Mai in Genua übermitteltes Memorandum nicht zurücknehmen sollten.

Besonderen Wert legt die französische Regierung auf die Feststellung, ob die Mitglieder der Konferenz als Vertreter ihrer Regierungen oder nur als Sachverständige betrachtet werden sollen. Im ersten Falle bezeichnet man die Konferenz eine Fortsetzung von Genua, was nach den getroffenen Abmachungen nicht zulässig sei. Hierbei, wie überhaupt über den Gang der Konferenz müsse zunächst Einverständnis erzielt werden, wie auch Uebereinstimmung darüber notwendig sei, daß vor dem gemeinsamen Zusammentritt beider Kommissionen eine Klärung der Sachlage erfolgen muß. Aus alledem geht hervor, daß die französische Regierung, vorausgesetzt, daß sie überhaupt am Haag vertreten sein wird, dort dieselben Obstruktionsabsichten durchzuführen gedenkt wie in Genua. Der Unterschied ist jedoch bei der Haager Konferenz der, daß die Alliierten mit Frankreich weniger Geduld haben werden als in Genua, worfür schon der Artikel 6 der Vereinbarungen über die Haager Konferenz spricht, der den Alliierten das Recht gibt, Sonderverträge mit Rußland abzuschließen, falls sich auch in Haag die Aussichtslosigkeit eines gemeinsamen Vorgehens mit Frankreich ergeben sollte.

Aus der Partei

Der Fall des Professors Dr. Lenz

Professor Dr. Lenz ist dieser Tage als stellvert. Oberredakteur in die Redaktion der von Herrn Stinnes erworbenen „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ eingetreten. Dieses Engagement und Professor Dr. Lenz wären uns herzlich gleichgültig, wenn nicht Professor Dr. Lenz Mitglied der Sozialdemokratischen Partei wäre. Wir sind nicht ergebzig und wir haben seinerzeit den Beschluß, daß ein Parteimitglied nicht an bürgerlichen Blättern mitarbeiten darf, nicht gebilligt. Es hat schon mehr als einmal Situationen gegeben, wo es der Partei dienlich sein konnte, wenn ein Parteimitglied vor einem bürgerlichen Blatt politisch tätig wäre. In der politischen Redaktion eines bürgerlichen Blattes betätigen konnte, und von einem Parteimitglied kann man verlangen, daß das Parteimitglied es daran hindert, einem bürgerlichen Blatt Beiträge anzubieten, das die Arbeiterbewegung schmäht und verleumdet.

Aber unvereinbar ist es u. a. mit den Pflichten und Aufgaben eines Sozialdemokraten, in die politische Redaktion eines Blattes einzutreten, das nach dem Wunsch seiner Verleger und nach seiner ganzen politischen Einstellung in unersetzlichem Gegensatz zur Sozialdemokratie steht und stehen muß. Will Professor Lenz zu Herrn Stinnes gehen, so ist das sein Recht, aber Parteimitglied und Stinnesredakteur, das geht nicht. Freilich, ein Mann von der außerordentlichen politischen Schärfe, Scharfsinn und Anpassungsfähigkeit des Professors Dr. Lenz, vermag auch diese beiden, sich doch geradezu automatisch ausschließenden Standpunkte mit Leichtigkeit. Allerdings hat er bereits einige Schwierigkeiten gefunden; der bisherige Oberredakteur der „D. Allg. Ztg.“ sowie der Redakteur für auswärtige Angelegenheiten haben, wie Berliner Blätter melden, unter Protest gegen das Engagement Lenz's die Redaktion verlassen und sind vorläufig in Urlaub gegangen. Sie beweisen damit journalistisches Selbstbewußtsein.

Professor Dr. Lenz ist also bei einem völkerverfeindlichen, Herrn Stinnes gehörenden Blatt gelandet. Von 1903—1913 war Lenz politischer Redakteur der „Leipziger Volkszeitung“. Und in dieser Stellung hat er zur Vergiftung des Parteilebens sein reichlich Teil beigetragen. Wer dem Deutschen Wortradikalismus nicht hulde, wurde in Acht und Bann getan. Er schlug auf diesem Gebiete jede Konkurrenz und scheute dabei kein Mittel.

1913 schied er von den völkerverfeindlichen Genossen (22. sächsischer Reichstagswahlkreis) in den Reichstag. Als 1914 die Frage der Kreditbewilligung entschieden werden mußte, da weinte Professor Dr. Lenz an. Wegen der Frau Rosa Luxemburg die bittersten Tränen über die Revolution, von der er in seinem Schmerze meinte, sie habe die Eingeweide der Internationale auf dem Tisch des kapitalistischen Staates geworfen. Hier schon wenige Monate später fing Lenz an, die besten Bücher zu schreiben, in denen er der Weltöffentlichkeit bewies, daß die Kreditbewilligung geboten gewesen sei. Den völkerverfeindlichen Genossen war diese charaktervolle Haltung doch zu bunt; Lenz wurde dann bei den Neuwahlen lang- und langsam verabschiedet; so ist er auch in Leipzig verabschiedet worden als leitender Redakteur. Lenz wurde dann Professor in Berlin, leider unter einem sozialdemokratischen Kultusminister.

Herr Stinnes, der journalistische Talente wie Dr. Lenz eine Festung zu besitzen vermag, wird an dem Manne auch wenig Freude erleben. Wir hoffen, im Gegensatz zum „Vorwärts“, daß die zuständige Bezirksorganisation sich mit dem Fall Lenz befassen wird.

Die Sorge um die christliche Schule

Aus Lehrkreisen wird uns geschrieben: Gewiß hast du auch schon von der Schulsorge der Gegenwart gehört. Du denkst an notwendige Schulhausreparaturen, die nicht ausgeführt werden können, an Vermittlung, zu denen du für deine Kinder kein Geld mehr hast; du hörst von Sparmaßnahmen in Staat und Gemeinden; du weißt, daß man da und dort die Kinder in großen Klassen zusammenpacken will. Du siehst, daß die früheren Einrichtungen, die Schülerleistungen und was damit zusammenhängt, nicht mehr in vollem Umfang aufrecht erhalten werden können. Du weißt, daß die Schule leidet und mit ihr die Jugend. Ist das die Sorge, von der die Ueberdacht spricht? O nein; dort handelt es sich um etwas ganz anderes. Sie lagern dir in gewissen Versammlungen und in Zentrumsblättern: die „christliche“ Schule sei in Gefahr. Du fragst dich, inwiefern? Du weißt, deine Kinder erhalten Religionsunterricht und zwar nach deinem Bekenntnis. Du siehst sie ihre biblische Geschichte und ihren Katechismus lernen und das gibt dir die nötige Sicherheit und die nötige Ruhe. Und doch, die „christliche“ Schule sei in Gefahr. Woher und inwiefern?

Du hast gehört, daß in der Reichsverfassung die Gemeinschaftsschule (in Baden Simultanische genannt) als Regelschule bestimmt ist. Du weißt, daß diese Gemeinschaftsschule geordneten Religionsunterricht haben muß und hat. Du findest das ganz in der Ordnung und gibst dich damit zufrieden. Du vergiffest aber, daß in manchen Teilen Deutschlands diese gemeinsame Volksschule noch nicht die Regel ist. Du vergiffest auch, daß auch gewisse Kreise sich heute noch nicht mit dieser gemeinsamen Schule in Baden und anderen Ländern abgefunden haben und sie mit offenen und heimlichen Mitteln bekämpfen. Du hast wohl auch gehört, daß man in jenen Kreisen die Schaffung einer „großen katholischen Elternvereinsgruppe“ zum Schutze der christlichen Erziehung und Schule anstrebt. Du fragst, wozu all das? Was werden dir die Sorgen, die auch zu dir kommen und deine Unterdrückung fordern. Sie werden dir sagen, die „christliche“ Schule ist in Gefahr. Sie werden dich auf deine Pflicht aufmerksam machen, die du in dieser Frage zu erfüllen hast. Du aber vergiffst nicht, daß du deinem Kinde wirklich den Schulfrieden erhalten willst, indem du allen diesen Absonderungen entgegentrittst. Denke an dein Kind, das mit des Nachbarn Kind spricht und bringt, ohne nach seinem Bekenntnis zu fragen, das mit ihm auf der Schulbank sitzt, ohne sich an seinen „Glauben“ zu stoßen. Denke an diese sonntägliche, harmlose, unbefangene Jugend- und Kinderzeit, die wir gerne uns allen und noch im späteren Leben erhalten sehen möchten. Denke daran, wie du mit deinen Volksgenossen Freude und Leid, sich freilich mehr Leid und Not, willig teilst, ohne nach Bekenntnis und Weltanschauung zu fragen. Sage jenen, die du die kommen und auch dich zum Schutze der Schule aufordern: Mein Kind ist in einer „christlichen Schule“, denn es erhält seinen christlichen Religionsunterricht und es soll ihm nicht geraubt werden, was ihm zu schätzen vorliegt und was gerade ihm zum zertrennen droht: Sein Schulfriede!

Badische Politik

Die Parteien zur Wohnabgabe

Zu der wichtigsten Vorlage der badischen Regierung über die Höhe der Wohnabgabe nahmen alle Parteien Stellung. Sie stimmten sämtlich der Vorlage zu, beurteilten sie aber in einzelnen wie folgt:

Ein Zentrumstreuer wies die Frage auf, ob wir uns nicht auf die Höhe des Reiches beschränken sollten; er ist schon heute für die Erhebung der Wohnabgabe zum Nutzungsberechtigten, also vom Mieter. Ein anderer Zentrumstreuer ist für höhere Höhe der Wohnabgabe zu haben und ein dritter will sie jetzt abgelehnt wissen.

Ein Vertreter des Hausbesitzes (Landbundes) tritt für noch höhere Höhe, wie die der Vorlage ist, wir müssen bis zu 20 Proz. kommen. Ein Zentrumstreuer einverstanden muß jeder als Mietbesitzer rechnen. Im Karlsruhe wird man auf die fünfjährige Friedensrente kommen. Von dem Recht, die Wohnabgabe unmittelbar vom Mieter zu erheben, sollten schon jetzt die Gemeinden Gebrauch machen.

Je näher sie ihrem Ziel kam, je bänglicher ward ihr zu Mut, und unbewußt beschleunigte sie ihren Schritt noch mehr. Nun war sie in dem altersgrauen Gäßchen; ging durch dessen enge Gassen und nicht den alten Frauen zu, die sie im warmen Sonnenlicht da und dort am Fenster sahen. „Wohin hat sie es nur so eilig in ihren Sonntagsgleidern am Montag?“ dachten sie und blühten ihr neugierig nach.

Der Herr Kommissar ward nicht auf dem Marinestützpunkt anwesend, und nur ein ganz junger, etwa fünfzehnjähriger Schreiber sah an seinem Platz, ein äußerlich hübscher, schwächlicher Mensch. Da er zum Glück unangeführt war, hatte er sich Schultern zusammenzucken müssen, um seine Lage damit zu verbringen, daß er auf seinen Schreibtisch gekniet und mit Schreibbärmeln angeht, hier von früh bis zum Abend auf Papier fristete.

Nachdem die alte Frau ihren Namen genannt, erhob sich der Schreiber mit wichtiger Miene, um abgefeimte Schriftstücke aus einem Fach zu nehmen. Es waren eine ganze Reihe — was bedeutete das? Zeugnisse, Papiere mit großen Siegeln, ein Seemannspass, der vom Meerwasser gelb geworden war, und der wie die anderen Papiere einen Madergeruch ausströmte.

Langsam befreite er eins ums andere vor der armen Alten aus, die zu zittern begann und der alles vor den Augen verschwand, hatte sie doch die zwei Briefe erkannt, welche auch für sie ein Enkel geschrieben, und die unerfüllt zurückgekommen waren. Das hatte sie vor zwanzig Jahren beim Tod ihres Sohnes Pierre schon einmal erlebt — die Briefe waren damals aus China zurückgekommen und ihr durch den Herrn Kommissar zugestellt worden.

Der Schreiber begann jetzt mit gesuchter Wichtigkeit vorzulesen: „Man, Jean Marie Schwelger, eingeschrieben zu Rimpold, Folio 218 unter Matr. Nr. 2001; sein Ableben erfolgte am Bord des „Bien-Vou“ am 14. des...“

„Was ist ihm passiert, mein guter Herr?“ „Bobon haben Sie da?“

„Von seinem Ableben — er ist verstorben“, erklärte der schwächliche Mensch.

Er war gewiß nicht hochalt, der kleine Schreiber, und wenn er der armen Frau das Schreckliche so unvermittelt mitteilte, so geschah es aus Mangel an Verstand und Irrsinnigkeit bei diesem dürftigen Geschöpf. Da er sah, daß die Frau das schöne Wort nicht verstand, wiederholte er es ihr in bretonischem Dialekt: „Mort eo“ (er ist tot).

(Fortsetzung folgt.)

Die Islandfischer

Von Pierre Loti
(Fortsetzung.)

Schleisters gestrickte Jacken, Hemden und Blauschleier Ecken wurden befühlt, umgewendet und zu jedem Preis fortgegeben, wobei die Käufer zum Scherz einander überholten. Nun kam das sorgfältig gehäkelte Wolleisen an die Reihe, das auf fünfzig Centims geschätzt ward; Viele und die Kriegsmobilien waren herabgenommen worden, um der Familie zugestiftet zu werden; es blieb aber noch das Liebesheft, das Buch des Konfessions, und Andie, Madonnen und Jochen, alle jene kleinen Dinge, welche die Fürsorge der Großmutter Yvonne ihm als Ritzung mitgegeben. Nach diesem brachte der Direktormeister zwei kleine Buddha zum Vorschein, welche sich der Restfordene aus einer Packung mitgenommen hatte, um sie Gaub heimzubringen; sie waren von so komischem Ansehen, daß die Matrosen wie toll darüber lachten. Zuletzt wurden die beiden Säde verkauft, und der Ersteher machte sich gleich daran, Schleisters Namen auszustreichen, um den feinsten an dessen Stelle zu setzen.

Darauf wurde die Stelle sorgfältig abgekehrt, damit auch nicht etwa ein Säubchen oder Käferchen auf dem sauberen Verdeck liegen bliebe, und die Matrosen lehrten vernünftig wieder zur Beschäftigung mit ihren Affen und Papageien zurück.

In der ersten Hälfte des Juni sagten die Nachbarn der alten Yvonne bei ihrer Heimkehr, daß jemand vom Marinestützpunkt dogemessen wäre und hätte sie sprechen wollen. Ganz betraf es ihren Enkel, hätte ihr aber durchaus kein Rang ein. Angehörige von Seeleuten haben ja manchmal etwas auf dem Marinestützpunkt zu tun; die alte Frau, welche Tochter, Weib, Mutter und Großmutter von Matrosen war, kannte dieses Bureau seit nun fast sechzig Jahren. Ohne Zweifel handelte es sich um eine kleine Differenz im Sold, da Schleister als Seefeldat mit fort jenuht hatte und die er ihr nun überwieb. Da Yvonne wohl wußte, welchen Respekt man der Obrigkeit schuldet, zog sie ihr Sonntagsgleid an, setzte eine frische Gaube auf und machte sich gegen vier Uhr auf den Weg. Von einer keilen Unruhe getrieben, ging sie mit eiligen Schritten auf dem Pfad zwischen den Stuppen dahin, war sie doch seit zwei Monaten ohne Nachricht von Schleister geblieben.

Als sie nach Rimpold kam, sah ihr alter Freier richtig wieder vor seiner Tür. Er war sehr zusammengewandert seit letzten Winter, was ihn jedoch nicht hinderte, sie, wie jedesmal, anzufragen: „Nun? Sobald Ihr wollt, Ihr wollt ja, daß Ihr nur zu bestellen braucht, schöne Frau! Sobald er sie zu sehen bekam, hatte er ja jedesmal weiter nichts im Sinn, als ihr das Anmessenlassen ihres Sarges zu empfehlen.“

Ein schöner Sommer tagete! Auf den feinsten Höhen kam zwar nichts als Gintier fort, aber auch dieser prangte in goldgelben Blüten, kam man aber hinunter an tiefer gelegene und vor dem Seewind geschützte Stellen, so stand alles in jungem Grün, die Heckenrosen blühten und dufteten, und es roch gut nach frischem Gras. Davon merkte die alte Frau jedoch nichts, die unter der Last so vieler flüchtiger Sommer gebeugt, vorwärts schritt. Vor den Häusern mit gebrochtem Mauerwerk blühten Rosenbüsche, Nelken und Reblojen; selbst auf dem Firtz der hohen bemosten Strohdächer grünte es, und die ersten Schmetzlinge ganken um tausend kleine weisse Windmeln.

Hierzulande mußte der Frühling ohne Liebe vergehen, und wo man eine der hübschen Töchter dieses Ranken und folgen Geschlechts, das hier wächst, etwa an ihrer Tür lehnen sah, da konnte man bemerken, daß ihre Augen träumerisch blühten, wie in weite Fernen verloren. Waren doch die jungen Leute, denen ihre traurigen oder sehnsüchtigen Gedanken galten, allesamt auf den nordischen Meeren beim Fischen.

Aber hier war es losender Sommer mit weicher Luft, welche die alte Großmutter umschmeichelte, die unter frohem Schwitzen der Juckeln und Klumenduft dahin ging, um den Tod ihres Enkigen zu erfahren. Janner näher kam sie dem schrecklichen Augenblick, wo sie vernehmen sollte, was sich so himmelweit weg, auf dem ästischen Meer zugetragen. Jetzt besand sich die gute alte Großmutter auf dem Weg, welchen Schleister in seiner Todesstunde vorausgegangen, und ihre Angst geforderte, um zu hören, daß er tot sei. Ganz genau hatte er sie gesehen in ihrem braunen Schamloch, der weißen Gaube, mit dem Regenstirn in der Hand, wie sie sich putzte auf dem feinsten Weg! Und diese Erscheinung bereitete ihm solchen Schmerz, daß er sich trümmte und wank in Todeskampf, während der richtige Feuerball der Tropenzone prachvoll unterging und seine Strahlen durch die geöffnete Luke des Lazarett-schiffes sandte, um ihn herben zu jehen. Die qualvolle Vision hatte ihm die alte Großmutter im Regen gehend gezeigt, während sie in Wirklichkeit vom Sonnenschein umflutet war, der ihres kommenden Jammers zu höhnen schien.

Der sozialdem. Redner geht ausführlich auf die große Bedeutung der Wohnung ein. Die Wohnung muß unbedingt direkt vom Mieter erhalten werden, und zwar monatlich, damit sie nicht allzu drückend wird. Auch sind Mieten auszugleichen, eventuell hat Bereinigung von der Wohnabgabe einzutreten. Der Ausfall der Mieten, die von unermöglichten Mietern nicht entrichtet werden, wird an sich ziemlich hoch, vielleicht sogar 1/2 sein. Das Gesetz muß bald verabschiedet werden. Denn weiteres Warten ist ganz dringend nötig. Vor allem ist eine soziale Abmilderung der Wohnabgabe, also eine Bereinigung nach der Höhe des Mietzinses, zu fordern. Das kann am besten geschehen durch die Einführung eines Mietzinses; erst dadurch gewinnt man ein Bild darüber, was die einzelnen Mieter bezahlen. Der Redner stellt folgenden Antrag, der nachher auch von dem demokratischen und von einem Zentrumstreber bekräftigt wird: Die Unterzeichneten beantragen, der Landtag wolle beschließen, die Regierung wolle Vorschriften erlassen, daß die Gemeinden mit mehr als 4000 Einwohnern bis spätestens 31. Dezember d. J. Mietkataster aufzustellen haben, um dadurch die Unterlagen zu schaffen für die Erhebung der Wohnabgabe nach dem Mietzins.

Er bemerkt noch, daß darin auch die Wohnzuzugssteuer mit hinein verarbeitete werden kann. Der demokratische Redner macht darauf aufmerksam, daß zur Zeit die alten Häuser einen so großen Subjektwert genießen, daß dies kaum mehr zu veranschlagen ist. Eine Frage ist auch, wie man die gewerblichen Gebäude zur Mietsteuer heranzieht. Mit den höheren Etagen und der Einführung des Mietzinses ist er einverstanden.

Der unabhängige Vertreter ist gegen das Gesetz, da die Wohnabgabe nicht genau so viel bezahlen, wie die Bemittelten. Die Bauaufsicht würde sich immer mehr zusammenziehen. Durch den Fall des Grundbesitzes gehen zur Zeit viele Häuser an das Ausland über.

Der deutschsozialparteiliche Redner tritt ebenfalls für Erhebung der Höhe der Wohnabgabe ein und für die Erhebung der Steuer vom Mieter. Die Höhe gegen die Hausbesitzer muß schwinden; aber auch diese haben über das Ziel geschossen.

Der deutschnationale Redner sieht in der Wohnabgabe einen allmählichen Übergang zur freien Wirtschaft im Hausbesitzergewerbe. Die Beamten, Angestellten und Arbeiter werden mehr Ruhe fordern, das wird wieder auf die Produktion umgelegt werden müssen. Ein besonderer Paragraph müßte für die Vermieter geschaffen werden, die keine Miete von säumigen Mietern erheben können.

Die Regierung äußert sich zu dem sozialdemokratischen Vorschlag nach dem Mietzins, daß das dieselbe an sich in einigen Jahren kommen werde; nur den Termin 31. Dezember wolle man hinausschieben. Bei der späteren Abstimmung wird dann auch die Terminbestimmung getroffen. Die soziale Abmilderung ist erst nach Fertigstellung des Mietzinses möglich; deshalb sei das Verhalten des unabhängigen Vertreters (das auch von einem demokratischen Redner kritisiert worden war) unverständlich. Einen anderen Weg, Wohnungen herzustellen, gebe es nicht. Die öffentlichen Bodenbesitzer müssen bauen, sofern der Privatbesitzer nicht mehr will, denn seit der Reichsregierung habe sich das Bauen um das 10fache gesteigert. Der Quadratmeter Fläche kostet jetzt 5000 M. Man muß eine solche Wohnabgabe erheben, daß man bauen kann. Die Gemeinden drängen auf rasche Verabschiedung des Gesetzes. Die Staatsbürger, welche jetzt nicht wohnen können, haben auch einen Anspruch auf Wohnungen.

Damit war die Generaldebatte erschöpft; in der Spezialdebatte wurden nur redaktionelle Änderungen vorgenommen, u. a. bezüglich der Dienstwohnungen der Polizei, die für die Reichsbeamten maßgebenden Bestimmungen entsprechend anzupassen sind.

Bei der Gesamtstimmung wurde das Wohnungsabgabengesetz gegen die Stimmenhaltung des unabhängigen Vertreters angenommen, ebenso der sozialdemokratische Antrag auf baldige Fertigstellung des Mietzinses gegen die Stimmenhaltung des Landtagspräsidenten. Das Zentrum hatte nach folgendem Antrag eingegriffen: Der Landtag wolle beschließen: Die Regierung wird ersucht, bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß bei der in Aussicht stehenden Neuordnung des Wohnungsgesetzes über die Erhebung einer Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus folgende Gesichtspunkte zur Geltung kommen:

1. Schnelle Behandlung der landwirtschaftlichen Oelonomiegebäude.
2. Ähnliche Berücksichtigung der Kleingewerblich benutzten landlichen Anlagen.
3. Abmilderung der Wohnabgabe für linderreiche Familien.
4. Absatz 1 und 2 werden mit 11 gegen 6 (sozialdem. und unabhängige) Stimmen bei 3 Stimmenthaltenungen, Absatz 3 einstimmig angenommen. — Am Montag, den 12. Juni, wird das Gesetz im Plenum des Landtags behandelt werden.

Der Ausschuss für Rechtspflege und Verwaltung

Am Donnerstag nachmittag, 1. Juni, wiederum eine Sitzung ab. Einige Besuche wurden durch Übertragung zur Tagesordnung erledigt.

Ueber das Gesetz des Anwaltes 2. A. in Heidelberg berichtete Abgeordneter Kauf. Er wies darauf hin, daß in der Reichsregierung bei der Unfallversicherung immer noch gegenüber den Versicherern erhebliche Vorurteile beständen. Im allgemeinen würde ein Unfall, der bei dem Zu- oder Abgang zur Betriebsstätte entsteht, nicht als entschuldigungsbedürftig anerkannt werden. Das Gesetz müßte durch Übertragung zur Tagesordnung erledigt werden, weil der Landtag nicht zuständig ist.

Eine längere Aussprache ergab sich bei dem von allen weiblichen Mitgliedern des Landtags gestellten Antrag wegen Zahlung einer Verbindungssumme an verheiratete Beamtinnen. Der Antrag wurde von Frau Abgeordnete Wenzler begründet. Sie führte aus, daß der Antrag durch die natürlichen Verhältnisse der Frau begründet sei.

Die Berichterstatterin Frau Abgeordnete Fischer stellte sich auf den gleichen Standpunkt und führte an, daß andere Staaten eine Abmilderung bei Eintritt der Mutterpflicht bereits gewährt. Von Regierungstreter gab die Zahl der bedürftigen Beamtinnen bekannt. Es sind beschäftigt im badischen Staat am 1. 4. 2222 212 Beamte, darunter 2901 weibliche, d. i. 13,5 Proz. Der größte Teil davon entfällt auf das Unterrichtsministerium und zwar 2368, hiervon sind nur 44 verheiratet. Der Regierungstreter unterstützte den Antrag. Der Ausschuss nahm den Antrag.

Die Gewerkschulen — die Mittelschulen der wertigen Arbeit

Man schreibt uns: Durch Verordnung des badischen Staatsministeriums wird die Ausbildung und Prüfung der Lehrlinge für die Gewerkschulen in anderer Weise als bisher geregelt. Wer sich fürberhin bei höherem Lehramt an Gewerkschulen bewerben will, hat zunächst nach Erlangung des Reifezeugnisses einer Pflichtenlehre Teilnahme zu nehmen an der Techn. Hochschule in Karlsruhe dem Grad eines Diplom-Ingenieurs (Abt. Maschinenwesen oder Architektur, Fachgruppe „Gewerkschulen“) zu erwerben. Nachdem ich ein jähriger Vorbereitungsdiener an den Gewerkschulen als Gewerkschulpraktikant absolviert, um die Zulassung zur Staatsprüfung zu erlangen. Während

dieser Vorbereitungszeit ist eine Reihe von gewerkschulpraktischen Arbeiten und Hausaufgaben auszuführen, welche als Bestandteil der Staatsprüfung gelten. Letztere muß mit den Noten „sehr gut“ oder „gut“ bestanden werden, um als Gewerkschulpraktikant im staatlichen Gewerkschuldienst Anstellung finden zu können.

Durch die neuen Ausbildungs- und Prüfungsbedingungen werden die Gewerkschulen in ihrem inneren Charakter und in der Mittelschulen gleichgestellt und somit die Erziehung und Bildung unserer gelehrten Arbeiterjahre auf ein höheres kulturelles und soziales Niveau gehoben. Die scharfen Anstellungsbedingungen gewährleisten für die Erziehungsstätten zu wertigen Arbeiten ein gediegenes Lehrpersonal. Das wissenschaftliche, künstlerische und technische Rüstzeug, welches die Gewerkschulpraktikanten zur Erfüllung der volkswirtschaftlichen Aufgaben der Gewerkschulen bedürfen, wird nun künftig in den Rahmen des Studiums und der Vorbereitung zum Gewerkschulpraktikant gelegt, während daselbst früher zum großen Teil durch mühselloses und kräftezerrendes Selbststudium während der Dienstzeit erworben werden mußte. Es ist nun den Gewerkschulpraktikanten die Möglichkeit geboten, die Erziehung zur wertigen Arbeit mehr wissenschaftlich zu verstehen und dadurch das große Problem der Durchgestaltung der Arbeit — worin die ganze Zukunft unseres Wirtschaftslebens verortet ist — mit ganzer Gründlichkeit anzufassen. Wissenschaft und Kultur werden davon dann reiche Früchte ernten können.

Wer ist der Verfasser der verlogenen Geheimberichte?

In der Samstagsausgabe haben wir Notiz genommen von der Anfrage, die das Zentrum des Seckfreies an die badische Regierung gerichtet hat. Es handelt sich darum, wenn möglich die Verfasser der verlogenen Geheimberichte festzustellen, die vom stellvertretenden 14. Armee-Korps noch in den letzten Kriegsjahren nach Berlin abgegangen sind. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hatte Herr Finanzminister Köhler in einer Zentrumsvorlesung in Karlsruhe auf diese Geheimberichte hingewiesen, in denen politische Parteien in der verlogenen und infamsten Weise verächtlich gemacht worden sind.

In der oben erwähnten Zentrumsvorlesung wird Herr Oberregierungsrat Warming, der im Kultusministerium beschäftigt ist, mit diesen Geheimberichten in Verbindung gebracht. Als wir seinerzeit von den Darlegungen des Herrn Ministers Köhler Notiz genommen hatten, wurde uns von Herrn, die mit Herrn Warming zu gleicher Zeit beim 14. stellten Armee-Korps beschäftigt waren, sofort mitgeteilt, daß nur Herr Warming als Verfasser in Frage kommen könne. Wir haben diese Mitteilung unserem Gedächtnis einverleibt, ohne zunächst öffentlich von ihr Gebrauch zu machen. Nun aber ist der Name dieses Herrn genannt worden und die Regierung wird kaum anders können, als in irgend einer Weise zu dieser Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wenn nämlich der Verfasser der von Herrn Minister Köhler erwähnten Geheimberichte heute in einem Staatsamt sein sollte, so müßte ein solcher Mann, wenn man ihn wegen seiner Verichte nicht disziplinär fassen kann, aus jedem Posten entfernt werden, der irgendwie ein besonderes Vertrauen an sich darstellt. Denn ein solcher gehört eine grenzenlose, selbst für die alten militärischen Verhältnisse außerordentliche Vornehmheit oder eine Stupplosigkeit sondersgleichen dazu, solche Verichte zu verfaßeln. Und ist ihr Verfasser einmündig zu ermitteln, dann muß ein solcher Verfaßler auch vor aller Öffentlichkeit rüchrichtlos an den Pranger gestellt werden. Damit begnügen wir uns für heute, wir werden aber, je nach dem Verlaufe der Angelegenheit, wieder auf sie zurückkommen.

Schiffpreise

Die ersten Anzeichen auf dem Markte haben, wie im vergangenen Jahre, den Auf nach einem Eingreifen der Regierung wegen der geradezu ungeheuerlichen Preise ausgelöst.

Hierzu wird uns von amtlicher Seite geschrieben: Gegen die Preissteigerungen, wie wir sie bei dem Frühjahre jetzt schon bemerken, fordert man wieder einmal Schiffpreise. Die Schiffpreise haben aber nach den gemachten Erfahrungen immer die Wirkung gehabt, daß die Ware verschwindet, wenn nicht zugleich eine vollständige Verkehrs- und Verbrauchsregelung das Erlassen der Ware ermöglicht und damit das Abfließen nach anderen Ländern verhindert. So lange die Grenzen badens offen sind, hätte die badische Bevölkerung von Hochpreisen jedenfalls keinen Vorteil. Der Erfolg einer solchen Maßnahme wäre nur der, daß der Händler in Baden verhältnismäßig billig einkauft, weil sich erfahrungsgemäß die Handelspreise stets einigermaßen nach den Höchstpreisen richten; es werden auf allerlei Umwegen für Vergütung, für besondere Arbeit, für Zuhilfenahme, für Verwendung gewisse Aufschläge gegeben, mit denen der Händler die Ware in seine Hand bringt, während die Bevölkerung zu den Höchstpreisen nichts erhält. Die Grenzen badens zu schließen, ist aber unmöglich. Der Verkehr mit Ost ist bekanntlich vom Reich frei gegeben. Baden hat schon im vergangenen Jahre seine Ausfuhrbeschränkungen für Ost nicht aufrecht erhalten können. Baden hat inzwischen mit zahlreichen nachdrücklichen Vorstellungen erreicht, daß die württembergischen und bayerischen Ausfuhrbeschränkungen für Butter und Käse am 16. Juni fallen. Es ergeht ganz ausgedehnt, daß nun Baden seinerseits für Ost die Zustimmung des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft erhält zu einer Maßnahme, deren Beteiligung sie aus Gründen der Gerechtigkeit bei Württemberg und Bayern durchgesetzt hat.

Die badische Regierung ist aber auch gar nicht in der Lage, den Versuch zu einer derartigen Ausfuhrbeschränkung zu machen, denn sie kann nicht damit rechnen, die Zustimmung des Landtags zu finden. Der badische Landtag hat, wenn auch gegen eine erhebliche Minderheit, seit 1919 auf einen Abau der Zwangswirtschaft gedrängt und er wird in seiner Mehrheit auch der Wiedereinführung einer teilsweisen Zwangswirtschaft zustimmen für ein Lebensmittel, das nach der Reichsvorschrift ausdrücklich freigegeben ist. Nur wenn sich ein Vorstand entwickeln sollte und zwar ein Vorstand, den auch die Reichsregierung als solchen anerkennen muß, wird es möglich sein, die Grenzen zu sperren und damit auch Schiffpreise durchführbar zu machen.

Einführen bleibt nach dem bekannten Grundsatze des freien Handels nur übrig, Angebot und Nachfrage den Preis bestimmen zu lassen. Daß hierbei das verkehrende Publikum nicht seinen Vorteil finden muß, ist außer Frage. Aber diese Folge der freien Wirtschaft muß die Bevölkerung, die sich ja durch ihre gezielte Vertretung in ihrer Mehrheit wiederholt gegen die Zwangswirtschaft ausgesprochen hat, in Kauf nehmen. So lange dieser Zustand der freien Wirtschaft besteht, können nur Nichtpreise verhindern, daß die teilweise stürmische Nachfrage nach Ost nicht mißbraucht wird. Diese aus der jeweiligen Marktlage sich ergebenden Preise zu finden, ist Aufgabe der Preisprüfungsstellen. Wer darüber hinaus Preise fordert und bietet, macht sich strafbar. Die Überwindung ist Aufgabe der Preis-

prüfungsstellen, die Verfolgung von Zuwiderhandlungen liegt den Staatsanwaltschaften und den Richterämtern ob. Die Preisprüfungsstellen werden angewiesen, möglichst bald Nichtpreise festzusetzen.

Soziale Rundschau

Versicherung der Angestellten
Der Reichstag hat am 1. Juni ein Notgesetz über die Angestelltenversicherung verabschiedet. Die Versicherungsbeitragsgrenze ist auf 100 000 M. erhöht worden. Die Beitragssätze sind folgende: bis 30 000 M. die bisherigen Beiträge, über 30 000 bis 50 000 M. 60 M., von 50 000 bis 75 000 M. 80 M. monatlich, von 75 000 bis 100 000 M. Einkommen 110 M. monatlich. Davon hat der Arbeitgeber die Hälfte zu zahlen. Die bereits Versicherten müssen ihre Versicherungen auf die obigen Sätze erhöhen.

Das Arbeitsnachweisgesetz

Die sozialpolitische Reichsausschuss beauftragte die zweite Sitzung des Arbeitsnachweisgesetzes, nachdem ungefähr 50 Sitzungen des Ausschusses und Interkommunales stattgefunden hatten. Die unstrittigste Bestimmung über die Aufrechterhaltung und gegebenenfalls Neuerrichtung nicht gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise wurde gegen die Stimmen der sozialistischen Parteien im wesentlichen nach den Beschlüssen des Interkommunales mit Abänderungsanträgen des Zentrums angenommen. Die Landesbehörden sollen das Recht erhalten, Arbeitgeber zur Meldung ihrer offenen Stellen an den zuständigen Arbeitsnachweiser zu verpflichten. Die Kostenfrage soll so geregelt werden, daß zwei Drittel der „notwendigen Kosten“ von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden. Das letzte Drittel trägt die Errichtungsgemeinde oder bei den Landesämtern die Länder. Hinsichtlich der gegenwärtigen Konzeptionsinhaber „absterben“ sollen. Neue Konzeptionen werden nicht mehr erteilt. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens des Gesetzes wird dem Beschluß des Plenums vorbehalten.

Kleine badische Chronik

Palmbach, 6. Juni. Gestern ereignete sich hier ein bedauerlicher Unfall. Julius Kreutzer, Mitglied des Arbeiter-Nachfahrerevereins, stürzte so unglücklich vom Rad, daß er an den Folgen der dabei erhaltenen Verletzungen gestorben ist.

Mannheim, 5. Juni. Teppichdiebstahl. Entwendet wurden in der Nacht zum 1. Juni nach Deffen einer Villa am oberen Ruffenport fünf Perserteppiche im Werte von 160 000 M. Für die Wiederbeschaffung der Teppiche sind 10 % des beizubehaltenden Wertes und für die Ermittlung der Täter 10 000 M. Belohnung ausgesetzt.

Reichenbach, 5. Juni. Verhaftet wurden hier drei junge Puffen, die im Verdacht stehen, in einem Saule den Betrag von 1 200 M. gestohlen zu haben. Der eine Puffe wurde von einem achtjährigen Mädchen bei der Tat erwischt.

Furthungen, 4. Juni. Verhaftung eines Brandstifters. Im oberen Saule des „Bad“ bemerkte man Rauch und stellte fest, daß dort eine Brandstiftung verübt worden war. Als Täter wurde der Schuhmacherlehrling Werner aus Reichenbach festgenommen, der auch im vergangenen Spätherbst den Brand in der Wilhelmstraße angelegt hat, dem bekanntlich 3 Häuser mit vielem Inventar zum Opfer fielen.

Waldbrunn, 5. Juni. Verbrannt. Das achtjährige Kind des Maurers Heilmann kam dem Herde zu nahe. Die Kleider fingen Feuer und das Kind erhielt solche schwere Verbrennungen, daß es an den Folgen alsbald starb.

Reichenbach, 4. Juni. Anfallsfall. Der jugendliche Arbeiter Albert Koll war gestern auf das Dach der hiesigen Lederfabrik gestiegen, um mit der elektrischen Leitung in Verbindung zu werden und wurde von dem elektrischen Strom getötet.

Flucht in die Fremdenlegion. Der dritte an dem Ueberfall auf den Bogelbenodithof in Riedelbrunn beteiligte Täter hat sich seiner Verhaftung durch die Flucht entzogen. Die Vermutung, daß er sich zur Fremdenlegion begeben habe, hat sich durch Briefe an seine Angehörigen bestätigt, worin er schreibt, er sei auf dem Wege nach einer nordafrikanischen Garnison der Fremdenlegion. Wie erinnerlich, konnten die beiden anderen Täter verhaftet werden.

Anglist beim Radrennen. Wie erst jetzt bekannt wird, sind bei einem Radrennen in Gesselfried bei Appenweier am vergangenen Sonntag mehrere Personen zum Teil schwer verunglückt. Der von Mühlertal gebürtige 20jährige Von liegt schwer verletzt darnieder. Eine Frau lief ihm über den Weg, beim Ausweichen stürzte er und zog sich schwere Verletzungen zu. Auch ein Teilnehmer aus dem Oberland wurde schwer verletzt, während vier andere Renner leichtere Verletzungen erlitten.

Die Eisenbahn-Generaldirektion Karlsruhe und die Wünsche der Reisenden

Man schreibt uns: Mitte April dieses Jahres wurde von Reisenden und der Arbeiterschaft der unteren Karlsruher Eisenbahn, Karlsruhe, ein Gesuch an die Eisenbahn-Generaldirektion eingereicht, in dem um regelmäßige Einleitung eines Vorzugs von Karlsruhe nach Graben gebeten wurde. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Ueberfüllung der Abteile eine Gefährdung für die Mitfahrenden bedeute. Die Antwort der Generaldirektion war ablehnend, es wurde zur Begründung der Ablehnung mitgeteilt, es sei inzwischen für die Einstellung weiterer Wagen 4. Klasse gesorgt worden; von einer Gefährdung der Reisenden könne nicht gesprochen werden; nur wenn Reisende würden lediglich zwischen Mühlburg und Neureuth keinen Sitzplatz erhalten. Diese Angaben stimmten jedoch nicht. Nach der Beobachtung der letzten Wochen ist festgestellt, daß dem Zug 1267 wohl einige weitere Wagen beigegeben sind; aber selbst 16 bis 17 Wagen reichen nicht aus. Schon von Mühlburg und dem Westbahnhof ab müssen Leute stehen; mehr kann der Zug nicht beherbergen. 13—14 (11) Mann sind oft in einem Abteil untergebracht; bei der gegenwärtigen Hitze und das nicht nur bis Neureuth; bis Gesselfried und weiter herrscht diese Ueberfüllung. In Neureuth müssen viele Mitfahrende umsteigen; sie kommen wiederum in ein überfülltes Abteil und müssen wiederum stehen bis Gesselfried. Wenn es heißt, der Zug müsse leer zurückgehen, so ist das früher schon vorgekommen. — Ein Glend ist auch die lange Fahrzeit der Züge. Zum Zurücklegen der etwa 30 Kilometer langen Strecke von Graben nach Karlsruhe braucht der Zug 1 Stunde; da kann man wirklich sagen: Nur immer langsam voran, daß die Reisenden mitkommen kann. Das ist doch wahrlich kein Vergnügen, weder im Sommer noch im Winter, so lange im Zuge sitzen zu müssen. Auch die langen Haltezeiten können vermieden werden, wenn das Ein- und Aussteigen auf den Stationen besser organisiert wäre. Von Graben ab müssen die Züge von vorn beiebt werden. Aber einmal fährt der Zug weiter, dann hält er wieder zurück. Am den „Besitz“ der Schaffner zu befolgen, gibt es ein lächerliches Gebot und Geheiß. Auch hier wäre es möglich, Abhilfe zu schaffen durch Anbringung einer Halteschleife. Einen großen Kostenaufwand kann diese Maßnahme nicht verursachen, die Halteschleifen sind sicher auch vorrätig. Bei etwas gutem Willen muß es möglich sein, diesen Wünschen der Arbeiterschaft Rechnung zu tragen. Möge also die Generaldirektion ihre Antwort nochmals nachprüfen und den Wünschen der Reisenden mehr entgegenkommen.

Arbeiter-Jugend Arbeiter-Sport

Turnen und Sport

Der Arbeiter-Sport an Pfingsten

Privatspiele
 Dagsfeld — Pörschheim 1. Mannschaft 2:0, 2. Mannschaft 4:0.
 Dagsfeld — Grünwinkel 1. Mannschaft 2:2, 2. Mannschaft 1:0, 3. Mannschaft 10:1. Zwei äußerst hochinteressante Kesselfußspiele fanden über die Pfingsttage auf dem Dagsfelder Wiese statt. Sonntag war Pörschheim zu Gast, eine äußerst spielerische Elf. Das Spiel zeigte besonders nach Halbzeit interessante Augenblicke. Dagsfeld zum großen Teil etwas überlegen, was auch in der Torzahl zum Ausdruck kommt. 2. Mannschaft von Pörschheim schwach. Spiel mittelmäßig. — Am Montag wollte zum 1. Mal Grünwinkel in S. Alles war natürlich gespannt auf den Gegner für die kommende Serie. Der Spielverlauf übertraf die Erwartungen. Sofort mit Beginn ein unheimliches Tempo. S. schloß in den ersten 5 Minuten unheilbar ein. Halbzeit 1:0. Grünwinkel sehr alles daran, um auszugleichen und man sieht prächtige Szenen. Gr. gelang es auch, 2 Schüsse ins Netz zu jagen. S. legt sich nun mächtig ins Zeug und der Ausgleich wird unter Jubel in den letzten 5 Minuten erzielt. Ein technisch vollendetes Spiel hat damit seinen Abschluß gefunden. Beide Gegner sind ebenbürtig. Balltoppen, Stoppspiel und Wollschlagen bei beiden Elf erstklassig. Hätte S. nicht am Sonntag gespielt, wäre das Resultat vielleicht anders. S. Torwart war glänzend und bekam im Gegensatz zum Gegenüber schwere Arbeit. Die 2. Elf lieferten ein schönes Spiel, ebenso die 3. Elf.

Freie Turner Frankfurt — FG. Union 4-1 (1-0). Beide Mannschaften führten eine äußerst fairen und spannenden Spiel vor. Frankfurt stellte eine kleine ballführere Mannschaft, die besten Leute das Innenrinne und die Verteidigung. Union mit drei Ersatzleuten konnte das Spiel bis 15 Minuten vor Schluß 1:1 halten. Erst der tadellos eingehende Endspurt von Frankfurt und das Nachlassen der halbreife Union brachte den Frankfurter den schönen Sieg. Die zahlreich erschienenen Zuschauer kamen auf ihre Kosten.

Die Jubelfeier des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ bei Triberg

Einen glänzenden Verlauf hat die feierliche Einweihung des „Auerhäusle“ der Ortsgruppe St. Georgen, verbunden mit der 1. internationalen Zusammenkunft genommen. Schon am Samstag nachmittag war es ein erhebendes Bild, die zahlreichen Anhänger auf den Hängen zu beobachten, auf allen; auf allen Gesichtern freundliche Mienen, die hoffnungsvoll der Feier entgegenzusehen. Dank der vorzüglichen Organisation war es möglich, die Quartierfrage trotz der großen Schwierigkeiten aufs beste zu lösen. Von allen Himmelsrichtungen kamen am Pfingstsonntag die zahlreichen Ortsgruppen herangezogen, teilweise in sehr starker Zahl. Überall ein freundliches „Weg frei“ und als die Zeit des Festes heranrückte, waren wohl über 2000 Festteilnehmer versammelt. Gen. Ehlinger, Obmann der Ortsgruppe St. Georgen, ließ die Erschienenen herzlich willkommen. Kurz schilderte er das Werden des neuen Hauses. Die Ortsgruppe freute sich daher sehr, daß die Arbeit zum Ziele geführt hat. Gen. Westermann überbrachte die Grüße der Gauleitung Baden. Besonderen Gruß entbot er den zahlreichen Delegierten aus den übrigen Gauen, besonders auch den herbeigekommenen Schweizer Delegierten. Freundlich zu konstatieren, daß die Ortsgruppe St. Georgen die Aufgabe glänzend gelöst hat. Darauf ergriff Gen. Landtagsabg. Müller zu Wort, die er in seinen Ausführungen an die Anwesenden richtete. Nur durch die Opferbereitschaft war es möglich, die vor zehn Jahren ausgesprochenen Hoffnungen weit zu übertreffen. Warum dankt der Schweiz während des Krieges. Keine künstlich errichtete Grenze soll unsere internationale Zusammengehörigkeit stören können. Dann übergab er das Haus der Bewegung, mit der Hoffnung, daß aus ihm Ruhe, Erholung, Freude, Menschlichkeit und Brüderlichkeit sich ergeben möge. Den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Ausführungen folgten Ansprachen der anwesenden Gau-Delegationen, darunter Schweiz (S), Gau Schwaben, Bayern, Pfalz, Main, Saar, Sachsen usw. Als letzter Redner überbrachte noch Bürgermeister Gen. Stöckinger den Gruß der Gemeinde St. Georgen. Nun entwickelte sich auf dem herrlichen Seidenfeld ein richtiges Volksfest, verschönert durch Musik und Gesang, und begünstigt durch das herrliche Wetter. Erst der Abend brachte die Feier zum Abschluß. Ein weiterer Markstein hat die Naturfreundebewegung mit der Eröffnung des Hauses auf ihrem herrlichen Wege zum Welterfolg erreicht. Möge das Werk reiche Früchte bringen, mögen aber auch alle Besucher der Naturfreundehäuser von dem überall geltenden Idealismus ein Stück in sich aufnehmen, um ihn anderwärts für die notleidende Menschheit wieder zu offen. „Weg frei!“ Heinrich Coblenz.

Schwarz-weiß-rote „Deutsche Kampfspiele“

Der „Gewerkschaftliche Nachrichtenblatt“ der deutschen freien Gewerkschaften veröffentlicht folgenden Aufruf, den wir insbesondere denjenigen freien Gewerkschaften zum Studium empfehlen, die sich noch in bürgerlichen Turn- und Sportvereinen befinden. Die oben genannte Korrespondenz schreibt:
 „Die körperliche Kräftigung des deutschen Volkes ist — soweit bei der Feuerung überhaupt noch möglich — ohne Zweifel erstrebenswert, und als Mittel zu diesem Zwecke können Sportvereinigungen dienen. Soweit diese von bürgerlicher Seite ins Leben gerufen und gefördert werden, sind sie jedoch mit größter Vorsicht zu betrachten, denn in ihnen wird zum größten Teil die körperliche „Erstüchtigung“ nur geübt um sie reaktionären Zwecken dienlich machen zu können. Wer gedankt zum Beispiel nicht mehr der Lage, wo bürgerliche Sportverbände Jugendkompagnien bilden und die Jugendlichen in Schützengraden und Handgranatenwerfen auszubilden? Die bürgerlichen Sportvereinigungen erfreuten sich nicht nur früher, sondern sie erfreuen sich auch heute noch der Gunst „hoher“ und „höchster“ Herrschaften, während man den Turn- und Sportvereinigungen der Arbeiterklasse jede mögliche Schwelgerei in den Weg setzte — ein Zustand, der bekanntlich auch heute noch nicht überall überwunden ist.
 Auf die bürgerlichen Sportvereine richteten sich noch immer die Hoffnungen der Reaktion. Man hofft in ihren Mittelstücken gefügige Werkzeuge für alle reaktionären Be-

strebungen zu haben, sei es auf politischem, sei es auf wirtschaftlichem Gebiete zur Stärkung des Kapitalismus.

In marktfeindlicher Weise kündigte man schon seit längerer Zeit sogenannte „Deutsche Kampfspiele“ an, die vom 18. bis zum 25. Juni in Berlin stattfinden sollen und zu denen man bürgerliche Sportler aus ganz Deutschland zusammenholen will. Dort wird man sich unter dem Geleit schwarzwelblicher Fahnen und Huzaren gegenständig mit mords-patriotischen Reden bewehren; es werden allerlei Einzelkämpfe, wohl gar „hohe“ und „höchste“ Persönlichkeiten anwesend sein und denen, die sich dort zusammengefunden haben, erzählend, daß sie auf die bürgerlichen Sportvereine rechnen, wenn es sich darum handelt, „Ruhe und Ordnung“ im Deutschen Reich wieder herzustellen — wie diese Herrschaften sie aufstellen.

Proletariat, ihr wißt, mit dem ihr es in diesem Falle zu tun habt. Wenn ihr im Betriebe, auf der Straße oder sonst irgendwo zur Teilnahme aufgefordert werdet — sei es zur Teilnahme an den Veranstaltungen oder auch nur am Surren — so antwortet, was ihr über eine solche Zumutung denkt. Die Arbeiterklasse hat ihre eigenen, leistungsfähigen Sportvereine, die nicht darauf ausgehen, „große Kanonen“ heranzubilden, sondern der Masse ihrer Mitglieder Gelegenheit zu geistlich-körperlicher Sportbetätigung zu bieten, sich allen reaktionären Bestrebungen gegenüber jedoch fest absetzend zu verhalten. Und daß die Arbeiterklasse wirklich etwas zu leisten vermag, wird ihr Turnfest vom 22.—25. Juni in Leipzig beweisen.

Kein Proletariat der bürgerlichen Sportvereine! Keine Marx, keine Minute den „Deutschen Kampfspiele“! Stärkt und fördert die Arbeitersportverbände!

Bezirksfest in Neudorf. Am Sonntag, den 11. Juni, findet in Neudorf ein Bezirksfest statt. Die Aufstellung der Mannschaft ist folgende: Mägde, Kunzmann, Wurm, Stern, Stung, Hiltner, Weigel, Wob, Wöhe, Herrmann, Wagner, Erbsch: Baumann. Die Mannschaft sammelt sich in Karlsruhe um 12 Uhr im Bahnhof, zwecks Kartenaussgabe. Abfahrt 12 Uhr bis Neudorf, also nicht 9.30 wie im Mitteilungsblatt bekanntgegeben. Trikot stellt der Bezirk. Weiße Hosen muß jeder Spieler mitnehmen.

Reichs-Arbeitersporttag

Bezirk Pforzheim und Baden-Baden. Am 18. Juni d. J. findet der zweite Reichs-Arbeiter-Sporttag für die Bezirke Pforzheim-Baden-Baden in Neudorf statt. Schon aus agitatorischen Gründen hat man das schöne Murgtal ausgewählt. Die Neudorfer Arbeiter-Redaktion werden bemüht sein, auf dem herrlich gelegenen Wiese beim früheren Bad Neudorf uns angenehme Stunden zu bereiten. Die Arbeiterturner wie Radfahrer werden dort ihr ganzes Können aufbieten, hauptsächlich die Arbeiterturner werden unter ihrem Gewappentführer nur durch Aufstellungen zur Verfügung bringen. Die Arbeiter-Bezirksgruppen werden, so 10 am Besten, werden ebenfalls mitwirken, um den Reichs-Arbeiter-Sporttag zu verschönern. Deshalb Arbeiter-Sportler, auf nach Neudorf am 18. Juni, und sorgt für Massenbesuch!

Das Arbeitersportkartell Pforzheim hält den Reichs-Arbeiter-Sporttag am 18. Juni auf der Stadthöhe ab. Auch die Ortsgruppen des Arbeitersportbundes vom 5. Bezirk werden um Teilnahme gebeten. Plätze, Inserate, Programme besorgen das Kartell.

Der Naturschutz in Wirklichkeit

Jahrtausend predigen die Wandervereine der Bevölkerung den Schutz der Natur. Leider findet der Ruf nur bei wenigen Gehör. Speziell diejenigen Volksteile, die zur Gewohnheit einmal im Jahre — und dieses ist allgemein im Mai — eine Wanderung machen, glauben in der Naturerkundung alles mögliche leisten zu müssen. Man sehe einmal Sonntag abends an die Bahnhöfe und betrachte die zurückkehrenden Ausflügler. Hausenweise sind die jungen grünen Zweiglein zusammengebunden, und auf den Rücken festgeschmalt. Traurig und weif lassen diese bereits ihre Wälder klingen, und in den meisten Fällen wandert der „Strauch“ dahin in den Hochschnecken, weil er ja nicht mehr schön ist. In recht großer Zahl ist aber festzustellen, daß bereits im Zuge oder auf dem Wälder der Waldschmutz weggegarben wird. Welche Gedanklosigkeit hierdurch offenbart wird, läßt sich in Worten nicht ausdrücken. Pflicht aber aller Wanderer und Naturfreunde ist es, diesem Gebahren in der rücksichtslosesten Art und Weise entgegenzutreten. Manchem jungen Bäumlein wird durch diese sinnlose Zerstückelung das Lebenslicht ausgeblasen, nur weil man auf dem Heimweg noch ein Strauch haben will, kein Mensch wird etwas einzuwenden haben, wenn ein kleines Zweiglein an den Ort gesetzt wird, aber zur Vermeidung des Vandalismus ist kein Mittel scharf genug. Es ist aber auch höchste Zeit, daß die Behörden an die Erziehungsaufstellen mit Nachdruck auf diesen Unfug aufmerksam machen. Am Mittwoch den 17. Mai kamen in Rastatt einige Schullassen von Karlsruhe von einer Wanderung ins Murgtal zurück. Ein großer Teil der Schülerinnen war natürlich beladen mit Straußen, getrocknet begleitet von ihren Lehrkräften, von denen auch einige glaubten, mit einem solchen plündern zu müssen. Wo bleibt hier die fortgeschrittene Schärfe? Sache des Unterrichtsministeriums wird es sein, darauf hinzuwirken, daß die Lehrer zunächst durch Befehlung diesem Waldschmutz steuern, dann aber auch durch gutes Beispiel den Weg zur Vernunft frei machen. Möglichenfalls sollten durch die Wälder und Feldorgane zum rücksichtslosen Einschreiten aufgefordert werden. D. G.

Jugend

Bezirks-Jugendtag in Pforzheim

(Vorbericht)
 Zu einem gemeinsamen Treffen an der Forke des Schwarzwaldes, in der schöngelegenen Goldbühl Pforzheim, traf sich über Pfingsten die oberste und die württembergische Arbeiter-Jugend. Schon am Samstag kam eine Anzahl von

Reise- und Sporthaus
Eduard Müller
 Kofferfabrik
 Waldstr. 45 Karlsruhe i. B. Tel. 2165
 Beste und billigste Bezugsquelle
 für sämtliche Sport-Geräte 7340

Ortsgruppen in Pforzheim an. Der Sonntag brachte in langen Zügen den größeren Teil der Arbeiterjugend, der mit Sang und Klang in den Bahnhof einführte, von den dort stehenden Jungen mit Jubel begrüßt. Weit über 2000 Pforzheim und Wädels waren herbeigeeilt, um an der Ausgestaltung ihres Festes mitzuwirken und durch ihr Erscheinen es zu einer imposanten Kundgebung zu machen.

In ihrer schmunzeln, einfachen Wanderkleidung gaben die Pforzheim und Wädels den Straßen und Plätzen der Stadt einen herzerfreuenden Anblick, wenn sie durch Reigentänze sich erfreuten oder jubelnd marschierten. Ein ganzes Heer vieler Fahnen und Plakate nannte bei dem Umzug am Sonntag nachmittag alle die Gruppen, die erschienen waren. Die Arbeiterklasse Pforzheims nahm großen Anteil an den Veranstaltungen und man konnte es den Mienen im Gesicht ablesen, daß sie stolz waren auf ihre Jugend und in ihrem Kreise wieder jung wurden. Alles in allem kann das Fest als überaus gelungen bezeichnet werden.

Verein Arbeiterjugend Karlsruhe

Wochenprogramm vom 6.—13. Juni
 Donnerstag, 8. Juni, 8 Uhr abends, Monatsversammlung, Handarbeitsaal der Hebeschule. — Sonntag, 11. Juni, Gedenkfeier, Treffpunkt 7 Uhr morgens an der Endstation der Straßenbahn in Durlach. — Montag, 12. Juni, 7 Uhr abends, Reigenprobe, Turnaal der Hebeschule.
 Jungsozialisten: Dienstag, 6. Juni, Vortrag des Gen. St. Schön: Wirtschaftliche und politische Entwicklung. — Dienstag, 13. Juni, Diskussionsabend, Singaal der Hebeschule.
 Jugendgruppe Müppurr. Monatsprogramm für Juni. Donnerstag, 8. Juni: Vortrag über Wandern und Körperkultur von Gen. Günther. — Donnerstag, 22. Juni: Gemeinamer Besuch der Karlsruher Arbeiterjugend. — Donnerstag, 29. Juni: Lesabend. Szenen aus Richard II. Vortragender: Gen. Weber.

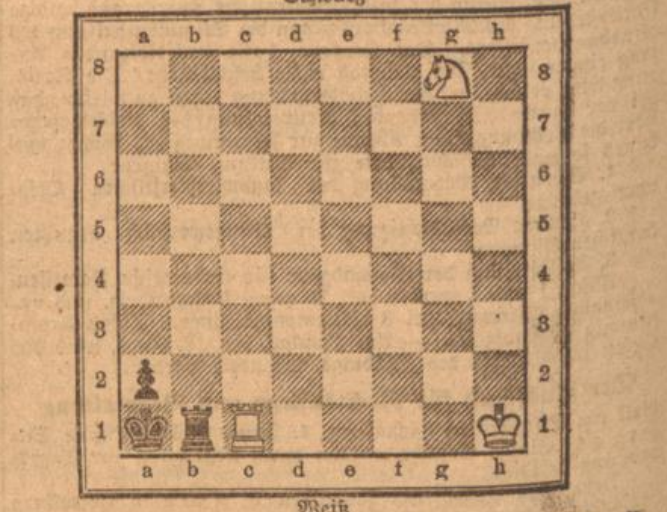
Verein Arbeiterjugend Gaggenau

Monatsprogramm für Juni
 Montag, 12. Juni: Vortrag über „Wie verhalte ich mich in einer Vereinsversammlung“. — Freitag, 16. Juni: Aufschreibabend. — Sonntag, 18. Juni: Spaziergang (Göden). — Montag, 19. Juni: Eingabend. — Mittwoch, 21. Juni: Mädchenabend. — Sonntag, 25. Juni: Tagesfeier. — Montag, 26. Juni: Diskussionsabend. — Mittwoch, 28. Juni: Mädchenabend.

Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachklub Karlsruhe. Einsendungen und Lösungen sind an die Red. des „Volksfreund“ (Schachabteilung) zu richten.

Lokal des Arbeiter-Schach-Klubs: „Salmen“, Rudwigsplatz. Spielabende: Montag und Freitag abends 8 1/2 Uhr. Aufgabe Nr. 9 Schmitz



Weiß nimmt seinen letzten Zug zurück und setzt dann sofort matt.
 Aufgabe Nr. 10
 Weiß: K e7, L e1, g8, S b5.
 Schwarz: K e8.

Weiß nimmt seinen letzten Zug zurück und setzt dann sofort matt. Lösungen bitten wir bis zum 14. Juni gefl. einfinden zu wollen.

Literatur

Die besten sportlichen Leistungen im Jahre 1921. Jeder, der das gewaltige Ansehen der sportlichen Welt mit Spannung erwartet haben, den das oben in Frankfurt am Main, Dietz u. Co., in Stuttgart erschienene „Deutsche illustrierte Sport-Taschenbuch 1922/23“ bietet (Pr. etwa 12.50 M.). Weltrekorde und deutsche Rekorde sind übersichtlich geordnet, eigene Sporttage und Sportleistungen können in den auf besten Schreibfähiges Papier gedruckten Kalender eingetragenen Sport-Taschenbuch eine ganz besondere Note gibt, das sind die Namen und praktischen Beiträge über die „Neue Körperkultur“, die für jedes Sportgebiet beste Leistungen auf dem Wege der täglichen Gymnastik berichtet.

Ein Schwimmklub für alle. Immer mehr laden Musik, Strom und See hinaus zum freiesten und gesündesten Sport, der dem ganzen Körper in der Arbeit an sich selbst Erfrischung und Kräftigung spendet und das Herz mit fröhlicher Lebendigkeit erfüllt. Ein neuerliches Buch „Das Schwimmen“, das die besten in Frankfurt Sporttage, Dietz u. Co., Stuttgart, erschienen ist (Preis etwa geb. 25 M., geb. 48 M.) darf sich als gute und gemüßvoller Führer für alle diejenigen bezeichnen, die sich den erfrischenden Fluten anvertrauen und dort in sportlicher Betätigung weiterbilden wollen. Radende Bilder im Text wie auf Kunstbroschüren werden auch die „Wassersportler“ sofort gewinnen!

Arbeiter-Sportler! Abonniert den Volksfreund

